

## Einführung

### 1. Das politische System Polens und seine Geschichte

Mit dem Durchbruch zur Demokratie im Sommer 1989 knüpfte Polen an alte republikanisch-demokratische Traditionen aus der Zeit vor dem Staatssozialismus an. Bereits vor den Teilungen Polens Ende des 18. Jahrhunderts hatten im Rahmen einer Adelsrepublik Formen des Parlamentarismus sowie ein Zweikammersystem mit Sejm und Senat existiert. Am **3. Mai 1791** wurde in Polen zudem die **erste schriftliche Verfassung Europas** angenommen. Durch die lange Zeit der Teilungen nach 1795, die erst mit dem Wiedererstehen des polnischen Staates 1918 beendet wurde, die deutsche und sowjetische Besatzung während des Zweiten Weltkrieges und durch die Zeit des Staatssozialismus von 1945 bis 1989, die von der Mehrheit der Bevölkerung ebenfalls als Fremdherrschaft empfunden wurde, hat allerdings das **Verhältnis der Polen zum Staat gelitten**. Lange Zeit wurde der Staat als etwas Fremdes, der Gesellschaft Entgegengesetztes verstanden. Demokratie lebt aber von Beteiligung, von der Akzeptanz des Staates, seiner Institutionen und Eliten, und hieran mangelt es in Polen noch immer. Das politische System Polens wurde ab 1989 zunächst über Veränderungen der alten sozialistischen Verfassung von 1952 **demokratisiert**. So wurden u. a. Meinungspluralismus und Parteienwettbewerb zugelassen sowie das Amt eines Staatspräsidenten geschaffen und mit dem Senat eine zweite Parlamentskammer institutionalisiert, die bürgerlichen Grundrechte etabliert, und Polen so als Republik neu begründet. Trotz dieser Verfassungsänderungen wurde in den folgenden Jahren eine völlig neue Verfassung entworfen, die im Jahr **1997** in einem Referendum angenommen wurde. In ihrer Präambel wird auch die Bezeichnung der **Dritten Polnischen Republik** verwendet und an eigene Traditionen der Ersten Republik bis zu den Teilungen Polens Ende des 18. Jahrhunderts und der Zweiten Republik der Zwischenkriegszeit angeknüpft. Die Volksrepublik Polen wird hier nicht erwähnt. Ungeachtet dessen ist in den letzten 20 Jahren sehr intensiv über den Charakter, über Fehler und Verbrechen, aber auch über Leistungen der Volksrepublik Polen gestritten worden.

### 2. Das politische System heute

Mit dem Akt der Verfassungsgebung war der institutionelle Aufbau weitgehend abgeschlossen und ein **politisches System mit zwei Parlamentskammern** etabliert: **dem Sejm**, der ersten Parlamentskammer, dessen 460 Abgeordnete nach dem Verhältniswahlrecht auf vier Jahre gewählt werden, und dem **Senat**, bestehend aus 100 ebenfalls auf vier Jahre gewählten Senatoren. Anders aber als der Bundesrat in Deutschland, ist der Senat in Polen keine Vertretung der Länder, sondern lediglich ein zusätzliches parlamentarisches Prüforgan mit Gesetzesinitiativrecht. Der Vorsitzende des Sejm, der **Sejmmarschall**, ist zweithöchster Vertreter des polnischen Staates und übernimmt im Fall des Todes des Präsidenten, seines Rücktritts oder dessen dauerhafter Amtsunfähigkeit die Aufgaben des Präsidenten. Dies war zum Beispiel im Jahr 2010 nach dem tödlichen Flugzeugabsturz des damaligen Staatspräsidenten Lech Kaczyński der Fall. Die **Regierung geht direkt aus der Parlamentsmehrheit hervor** und das Parlament verfügt auch über das Recht, den Ministerpräsidenten durch ein konstruktives Misstrauensvotum zu stürzen. Zu den wichtigen politischen und institutionellen Veränderungen nach 1989 zählte auch die **Rückkehr zur kommunalen Selbstverwaltung** im Jahr 1990 und die 1999 in Kraft getretene große **Dezentralisierungsreform**, die wichtige Staatsaufgaben an die Regionen

**Ende 18. Jhd.**  
Adelsrepublik mit  
Zweikammersystem

**3. Mai 1791**  
erste schriftliche  
Verfassung Europas in  
Polen

**1795**  
dritte Teilung Polens  
(Ende der I. Republik)

**1918**  
Wiedererstehen Polens  
(II. Republik)

**während des 2. WK**  
deutsche und sowjetische  
Besatzung

**1945 – 1989**  
Staatssozialismus  
(Volksrepublik)

**Ab 1989**  
Demokratisierung  
(III. Republik)

**1997**  
neue Verfassung

(Woiwodschaften) überwies und den Zentralismus der sozialistischen Zeit beendete. Die seit 1. Januar 1999 bestehenden **16 Woiwodschaften** (zuvor 49) sind von ihrer Größe her mit kleineren deutschen Bundesländern vergleichbar, ohne allerdings deren Kompetenzen zu besitzen. Laut Verfassung ist **Polen ein unitarischer Staat**, der dennoch Bürgerbeteiligung auf lokaler und regionaler Ebene, also in den Gemeinden, Kreisen und Woiwodschaften vorsieht. Als Vertretung der Bürger existiert auf Woiwodschaftsebene der **Sejmik**, eine Art Landtag, der den **Woiwodschaftsmarschall** als seinen Vorsitzenden der regionalen Selbstverwaltung wählt. Zugleich gibt es in den Woiwodschaften mit dem **Woiwoden** einen von der Regierung in Warschau eingesetzten Vertreter, sodass die Woiwodschaften in einem komplizierten Abstimmungsprozess zwischen zentraler Regierung und regionaler Vertretung verwaltet werden. Dem deutschen Föderalismus vergleichbare **Landesregierungen bestehen in Polen nicht**. Dennoch erfreuen sich die Vertreter der lokalen und regionalen Ebene eines größeren Vertrauens seitens der Bürger als die Politiker der zentralstaatlichen Ebene.

Zu den Besonderheiten des polnischen **parlamentarisch-präsidentiellen** Systems nach 1989 gehört die Rolle des **Staatspräsidenten**. Laut Verfassung ist der Staatspräsident, der für **fünf Jahre direkt vom Volk gewählt** wird, nicht nur für formale Akte wie die Unterzeichnung von Gesetzen, internationalen Verträgen oder die Ausschreibung von Wahlen zu Sejm und Senat zuständig. Er wacht darüber hinaus auch über die Einhaltung der Verfassung und hat neue Gesetze auf ihre Verfassungsmäßigkeit zu prüfen und gegebenenfalls an das **Verfassungsgericht** zur Prüfung zu überstellen. Er verfügt über ein Vetorecht gegenüber Gesetzen, wobei das Parlament dieses Veto mit 60 % der Stimmen zurückweisen kann. Der Staatspräsident beauftragt nach Parlamentswahlen einen Vertreter des Parlaments mit der Regierungsbildung (in der Regel den Vorsitzenden der stärksten Partei), er ist Oberbefehlshaber der Streitkräfte und er ist laut Verfassung gemeinsam mit dem Ministerpräsidenten und dem Außenminister für die Außenpolitik der Polnischen Republik verantwortlich. Gerade hinsichtlich des letzten Kompetenzbereiches hat es immer wieder innenpolitische Auseinandersetzungen gegeben, insbesondere wenn Präsident und Ministerpräsident unterschiedlichen politischen Lagern (sog. *Cohabitation*) angehörten, was in der Vergangenheit häufiger der Fall gewesen ist. Vorschläge für eine Änderung der Verfassung greifen daher auch immer wieder eine **klarere Abgrenzung der Kompetenzen zwischen Regierung und Staatspräsident** auf.

### 3. Das polnische Parteiensystem

Vor dem Hintergrund des institutionellen Aufbaus der Dritten Polnischen Republik und der Eingliederung Polens in europäisch-nordatlantische Organisationen, hier insbesondere in die Nordatlantische Verteidigungsgemeinschaft (NATO) im Jahr 1999 und in die Europäische Union (EU) im Jahr 2004, hat sich auch das **polnische Parteiensystem** entwickelt und allmählich konsolidiert. Während noch zu Beginn der 1990er-Jahre als Ergebnis der ersten freien Parlamentswahlen von 1991 29 politische Gruppierungen im Sejm vertreten waren, sind es aufgrund der danach eingeführten Fünf-Prozent-Klausel für Parteien bzw. der Acht-Prozent-Klausel für Parteienbündnisse seitdem deutlich weniger. Seit den Parlamentswahlen im Oktober 2015 sind nur noch fünf Parteien und ein Vertreter der Deutschen Minderheit (letztere ist von der Fünf-Prozent-Klausel ausgenommen) im Parlament vertreten.

Seit den Neuwahlen im Herbst 2015 hat sich die Parteienlandschaft im polnischen Parlament grundlegend verändert. Keine linke oder linksliberale Partei hat den Einzug ins Parlament geschafft. Dagegen hat die 2001 gegründete national-konservative Partei **Recht und Gerechtigkeit PiS** (Prawo i Sprawiedliwość, {*prawo i sprawiädliwoschtsch*}) mit 37,58 % der Wählerstimmen die absolute Mehrheit der Parlamentssitze erhalten, weil mehrere Parteien an der 5%-Hürde scheiterten. Sie stellt sowohl die Ministerpräsidentin Beata Szydło {*schüdwo*} als auch den im Jahr 2015 gewählten Staatspräsidenten Andrzej Duda {*andschäi duda*}, der nach seiner Amtsübernahme allerdings aus der Partei ausgetreten ist, um als „Präsident aller Polen“ sein Amt ausüben zu können. In die Opposition musste mit 24,09 % Stimmenanteil die ebenfalls 2001 gegründete, als liberal-konservativ geltende bisherige Regierungspartei **Bürgerplattform PO** (Platforma Obywatelska). Der den Wahlen vorausgegangene Wechsel ihres Parteichefs und ehemaligen Ministerpräsidenten Donald Tusk ins Präsidentenamts des Europäischen Rates sowie das schlechte Wahlergebnis bei den Parlamentswahlen 2015 führten zu einer schweren Krise in der Partei. Drittstärkste Partei wurde mit 8,81 % die vor allem von jungen WählerInnen gewählte rechts-populistische Bewegung **Kukiz'15** des ehemaligen Rockmusikers Paweł

Kukiz. Außerdem schafften es die wirtschaftsliberale Partei **Moderne** (Nowoczesna {*nowotschäsna*}), mit 7,6 % und die **Polnische Bauernpartei PSL** (Polskie Stronnictwo Ludowe) mit 5,13 % der Stimmen ins Parlament. Von den 460 Sitzen im Parlament entfallen somit 235 auf die PiS, 138 auf die PO, 42 auf Kukiz'15, 28 auf Nowoczesna, 16 auf die PSL und 1 Sitz auf die deutsche Minderheit.

Das Wahlergebnis, vor allem der Gewinn der absoluten Mehrheit durch die PiS, führten zu einem massiven Rechtsruck in der polnischen Politik. Die schwerwiegenden, unmittelbar auf die Wahl folgenden politischen Umgestaltungen durch die PiS-Partei – so beispielsweise die faktische Entmachtung des Verfassungsgerichts und die Unterwerfung der öffentlichen Medien unter die Parteiführung – führten in Polen zur einer vertieften Spaltung der Gesellschaft und zu gesellschaftlichen Protesten.

#### 4. Politik und Gesellschaft

Auffallend ist im aktuellen Sejm das Scheitern der linken Parteien an der Fünf-Prozent-Hürde. Die bisher stärkste polnische Linkspartei **Bündnis der Demokratischen Linken SLD** (Sojusz Lewicy Demokratycznej, {*sojusz lewitzä demokratütschnä*}) war angesichts schlechter Umfragewerte zusammen mit anderen Parteien des linken Spektrums wie der linksliberalen Partei **Deine Bewegung** (Twój Ruch {*twui ruch*}) in einem Wahlbündnis **Vereinigte Linke** (Zjednoczona Lewica, {*zjädnotschona lewitzä*}) angetreten, scheiterte aber an der für Parteienbündnisse geltenden Acht-Prozent-Hürde. Andere Parteien, so z. B. die **Grünen** (Zieloni, {*schiałoni*}), die neu gegründete Linkspartei **Gemeinsam** (Razem) oder die EU-ablehnende, libertär und paläo-konservativ ausgerichtete Partei **KorWiN** (nach dem Parteigründer Korwin-Mikke benannt) konnten sich bisher nicht auf der parlamentarischen Ebene durchsetzen. Hatte man bei der Wahl 2011 die damalige Wiederwahl der regierenden Koalition aus PO und PSL noch als einen deutlichen Beleg für die Konsolidierung der Parteienlandschaft und des politischen Systems der Republik Polen gewertet, zeigte die Wahl 2015 erneut, dass sich die politische Meinungsbildung in Polen noch nicht in stabilen Parteienverhältnissen widerspiegelt.

Die wichtigsten innenpolitischen Auseinandersetzungen drehten sich in den letzten Jahren um das **Verhältnis zur Europäischen Union** und den damit verbundenen Verzicht auf Souveränitätsrechte, die man erst 1989 erkämpft hatte. Während die Mitgliedschaft in der EU heute von allen Parlamentsparteien akzeptiert und lediglich die Umsetzung europäischer Politik und die Tiefe der Integration diskutiert werden, lassen historische Debatten nach wie vor tiefe politische Gräben erkennen. Insbesondere die unterschiedliche **Bewertung der Volksrepublik Polen, das Verhältnis zu den großen Nachbarn Deutschland und Russland und der Umgang mit dem Zweiten Weltkrieg** sind Hinweise auf Trennlinien (sog. *Cleavages*) in der politischen Landschaft. Auch das Thema „Flüchtlingspolitik“ hat in den vergangenen Monaten zu scharfen Debatten und Diskussionen geführt, die nicht zuletzt auch Einfluss auf den Wahlausgang hatten.

Dabei stehen sich ein offenes, europäisches Geschichtsverständnis, welches den Dialog mit den Nachbarn sucht, und ein unkritisch positives Bild der polnischen Geschichte bisweilen unversöhnlich gegenüber. Schließlich werden auch die Errungenschaften der Dritten Polnischen Republik (seit 1989) sehr kontrovers diskutiert. Seit dem Amtsantritt der PiS rücken verengte, nationale Sichtweisen und Interpretationen der polnischen Geschichte noch stärker in den Vordergrund.

Die in diesen Diskussionen zutage tretende Schärfe der politischen Auseinandersetzung, die Unversöhnlichkeit und das Bemühen, den politischen Gegner mit Diskreditierung zu bekämpfen, d. h. **den Konflikt über den Kompromiss zu stellen**, sind ein wesentliches Merkmal der politischen Kultur des Landes in den vergangenen Jahren. Dieser Politikstil und einige politische Korruptionsaffären der letzten Jahre haben dazu beigetragen, dass das **Vertrauen in die Politik bei der Bevölkerung eher gering ist**. Dies zeigt sich in einer geringen Wahlbeteiligung, die bei den Parlamentswahlen zwischen 40,57 % (2005), 53,88 % (2007), 48,87 % (2011) und 51,6 % (2015) schwankte und einer bei den letzten Wahlen zunehmenden Zahl von Protestwählern. Der politischen Elite und den Verfassungsinstitutionen wie Sejm und Senat wird nur wenig Vertrauen geschenkt. Im Gegensatz dazu schneiden die lokalen und regionalen politischen Eliten und Vertretungen besser ab und **insbesondere der EU wird von**

---

**großen Teilen der Bevölkerung Vertrauen entgeggebracht**, auch wenn mit der PiS 2015 eine Partei an die Macht gekommen ist, deren Politik als EU-kritisch bezeichnet werden kann. Um die Glaubwürdigkeit der Politik zu stärken, wird es in den nächsten Jahren entscheidend sein, Nepotismus durch transparente Verfahren zu bekämpfen, den konfrontativen Politikstil zu verändern und die Bereitschaft der Menschen zur Partizipation zu erhöhen, insbesondere auf lokaler Ebene.

### 5. Aktuelles

Nach ihrem Wahlsieg im Oktober 2015 begann die neue PiS-Regierung, den polnischen Staat in wichtigen Bereichen grundlegend umzubauen. Nach der Regierungsübernahme wurde das Verfassungsgericht de facto der Sejm-Mehrheit unterstellt und auch die öffentlichen Medien mit parteinahen Führungspersonlichkeiten besetzt. Das radikale Vorgehen der PiS hat sowohl in der EU als auch in Polen selbst massive Kritik hervorgerufen. Die EU strebte sogar erstmals ein Verfahren zur Prüfung der Rechtsstaatlichkeit eines Mitgliedsstaates an. In Polen selbst gingen schon bald Zehntausende Gegner der Regierung auf die Straße und demonstrierten für die Demokratie. Die polnische Gesellschaft ist in ihrer Haltung zur neuen Regierung tief gespalten. Ein Kompromiss über die Konfrontationslinien hinweg ist nicht absehbar.

*Aus: Garsztecki, Stefan: Das politische System Polens. In: Polnische Gesellschaft. Hrsg. von Matthias Kneip und Manfred Mack. Berlin: Cornelsen 2012. S. 5–9 (bearbeitet und aktualisiert).*